

Bonn, 21. November 2007

Pressemitteilung

Wirtschaft lehnt Präventionsgesetz derzeit ab

SPD und CDU/CSU legen Entwürfe für ein Präventionsgesetz vor. Nur 29,5% der deutschen Unternehmen befürworten ein solches Gesetz. Integrierter Ansatz als möglicher Ausgangspunkt für betriebliche Prävention.

Bonn. In der deutschen Gesundheitspolitik steht das Thema Prävention derzeit ganz oben auf der Agenda. Eine immer älter werdende Gesellschaft und die Rente mit 67 lassen den Bedarf an vorsorglichen Maßnahmen in allen Bereichen des Lebens steigen. Ziel ist es, Volkskrankheiten vorzubeugen und das deutsche Gesundheitssystem zukunftsfähig zu machen. Im September hat die SPD-Arbeitsgruppe Gesundheit nach einem gescheiterten Versuch 2005 erneut Eckpunkte für ein Präventionsgesetz verabschiedet. Die CDU/CSU verfolgt einen anderen Ansatz, ist aber wie die SPD von der Notwendigkeit eines Präventionsgesetzes überzeugt.

Führende deutsche Wirtschaftsunternehmen zeigen sich über den Nutzen eines solchen Gesetzes vorerst skeptisch. Dies belegt die aktuelle Studie „Gesundheitsmanagement 2007/08. Strukturen, Strategien und Potenziale deutscher Großunternehmen“ des Bonner Marktforschers EuPD Research. Insgesamt wurden die 800 umsatzstärksten deutschen Unternehmen zu verschiedenen Aspekten ihres gesamten betrieblichen Gesundheitsmanagements untersucht. Interviewpartner waren die konzernweiten Gesundheitsverantwortlichen. Nur 29,5% davon befürworten das Präventionsgesetz. Insbesondere die befürchtete bürokratische Umverteilung der Mittel steht in der Kritik. Stattdessen wünschen sich die Gesundheitsmanager der Konzerne mehr Eigenverantwortung und eine größere Autonomie der gesetzlichen Krankenkassen, mit denen sie zunehmend selbst präventive Maßnahmen durchführen: „Viele deutsche Unternehmen haben das Heft des Handelns selbst in die Hand genommen und engagieren sich mit Erfolg für die gesundheitliche Vorsorge der eigenen Belegschaften. Zwar besteht auch hier noch einiges an Optimierungsbedarf, doch taugen viele Projekte durchaus als Vorbild für das deutsche Gesundheitssystem“, erklärt Markus A. W. Hoehner, Geschäftsführer von EuPD Research.

Präventions-Stiftung oder Rat

Bis zu 350 Millionen Euro möchte die SPD bereitstellen und eine Stiftung „Gesundheitsförderung und gesundheitliche Prävention“ etablieren. Diese soll laut dem Eckpunktepapier, das EuPD Research vorliegt, alleine verantwortlich für „die Entwicklung von Präventionszielen, der Sicherung der Qualität, der bundesweiten Aufklärung und der Durchführung von Modellvorhaben“ sein. Die CDU dagegen möchte vermeiden, dass die verschiedenen Sozialversicherungskompetenzen in

einer zentralen Stiftung gebündelt und dort auf Kosten der Effizienz vermischt werden: „Wir brauchen ein schlankes und unbürokratisches Gesetz, das vorhandene Ressourcen vernetzt und möglichst ohne den Aufbau neuer Institutionen und Regeln auskommt“, heißt es im entsprechenden Gegenentwurf für ein Präventionsgesetz, der EuPD Research ebenfalls vorliegt. Zwar soll auch ein nationaler Rat für Prävention gegründet werden. Dieser stelle aber nur eine Plattform dar, auf der sich Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungsträger über Ziele, Durchführung und Koordination der Präventionsmaßnahmen austauschen sollen. Die Gelder würden dabei wie bisher von den einzelnen Ländern verwaltet. Wie viel Millionen Euro zusätzlich für Präventionsmaßnahmen bereitgestellt werden und wer diese Summe tragen soll, ist jedoch noch nicht geklärt: „Davon hängen Fragen der Finanzierung ab, die wir dann klären müssten“, so Annette Widmann-Mautz, Vorsitzende der CDU/CSU-Arbeitsgruppe Gesundheit.

Wirtschaft bleibt skeptisch

In den Befragungen der EuPD Research-Studie verweisen die meisten Experten jedoch darauf, dass zunächst gesicherte Erkenntnisse in der Präventionsforschung gewonnen werden müssten, ehe über die Verabschiedung eines solchen Gesetzes verhandelt werden sollte: „Voraussetzung für ein wirksames Präventionsgesetz ist eine gesicherte Datenlage als Basis für eine zielgerichtete, effiziente Vorsorge“, so Dr. Andreas Tautz, Gesundheitsmanager der Deutsche Post World Net. Insgesamt lehnen laut der aktuellen Studie 37,5% der befragten Spezialisten die Verabschiedung eines Präventionsgesetzes ab. 28,5% sind sich nicht sicher, ob Deutschland ein solches Gesetz braucht. Dr. Karsten Menzel, Department Manager Projects Health & Safety der E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG verweist neben den bisher fehlenden Forschungserkenntnissen zudem auf den starken Einfluss der Lobbygruppen, der die fachgerechte Umsetzung eines Präventionsgesetzes schwierig machen würde: „Dabei wird nur neue Bürokratie geschaffen, die mehr Nach- als Vorteile bringt.“

Integrierter Ansatz als Lösung

Bei aller Kritik herrscht aber auch in den Unternehmen die Einsicht, dass mehr Geld in Präventionsmaßnahmen investiert werden müsse. Entsprechend erachten 61,4% der in der Studie befragten Konzerne Prävention als Kern-Thema des betrieblichen Gesundheitsmanagements. Immer mehr Unternehmen offerieren eigenverantwortlich vorbeugende Leistungen. Ganz oben auf der Angebotsliste stehen Schutzimpfungen (86,4%), gefolgt von einem gesunden Speiseangebot in der Kantine (83%) und Rückenprogrammen (68,2%). Doch insgesamt steht die betriebliche Vorsorge noch am Anfang: „Derzeit sind vor allem die gesetzlichen Krankenkassen für Präventionsmaßnahmen verantwortlich. Aber nur zwei Prozent des Budgets fließen in die Vorsorge“, erklärt Timo Henssler, Projektleiter der EuPD Research-Studie. Ein wesentlicher Kritikpunkt ist laut der Studie etwa das Fehlen einer präventiven, sektorenübergreifenden Zusammenarbeit von ambulanter, stationärer und betrieblicher Gesundheit. Dr. Christian Gravert, Leiter der Abteilung Gesundheits- und Sozialpolitik bei der Deutsche Bahn AG, erklärt: „Heute können wir Arbeitsmediziner zwar diagnostizieren, aber haben oft keinen Einfluss auf die Behandlung. Das

muss der jeweilige Haus- oder Facharzt machen – jedoch ohne dabei Kenntnis unserer Daten zu haben.“ So entstünden letztlich teure Parallelstrukturen. Wie die EuPD Research Studie herausgearbeitet hat, könnten diese durch integrierte Versorgungskonzepte gemindert werden: Durch eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Fachdisziplinen wie Betriebsmedizin, Hausärzte und nicht-medizinischen Leistungserbringern würden Gesundheitskosten gesenkt und die Qualität der Versorgung erhöht. Insgesamt sind laut der Studie 70,5% der Unternehmen sicher, dass durch eine derartige präventive Verzahnung erhebliche Synergien und Kostensenkungspotenziale generiert werden könnten. Über 90% der Befragten erhoffen sich zudem eine Verkürzung der Fehlzeiten.

Der Bonner Marktforscher EuPD Research führt bereits seit drei Jahren Studien zum Thema Gesundheitsmanagement durch. Neben der Evaluierung zu den aktuellen betrieblichen Präventionsangeboten blickt die aktuelle Untersuchung auch stärker auf die hinter den Managementsystemen stehenden Strategien und Systematiken des generellen betrieblichen Gesundheitsmanagements. Zudem wird die Rolle der BKKs im betrieblichen Gesundheitssystem einer Analyse unterzogen und es werden durch Vergleiche zu den Vorgängerstudien aktuelle Trends aufgezeigt.

Studienbestellung im Internet

Bitte beachten Sie, dass die Studie nur in deutscher Sprache erhältlich ist. Für Ihre Bestellung füllen Sie das Formular unter www.eupd-research.com vollständig aus. Sie erhalten eine Bestätigung per E-Mail. Die Studie wird an die von Ihnen angegebene Adresse geliefert, eine Rechnung liegt bei.

Preis: 680 € - Vorzugspreis: 340 € (Unternehmen, die an der Studie teilgenommen haben, erhalten diese zum Vorzugspreis) - CD-Rom (zusätzlich): 200 €. Alle Preise zzgl. MwSt. und 8 € Versandkosten)

Bei Fragen können Sie sich jederzeit gerne an unsere Pressestelle wenden:

EuPD Research

Adenauerallee 134

D-53111 Bonn

Fon +49 (0)228 97143-27

Fax +49 (0)228 97143-11

presse@eupd-research.com

www.eupd-research.com

EuPD Research ist Markt- und Meinungsforscher für Medien und Unternehmen. Als Fullservice-Dienstleister mit eigenem Befragungsdienst bieten wir unseren Kunden das gesamte Instrumentarium quantitativer wie qualitativer Forschung. Wir erstellen Marktstudien, Branchenberichte und Geschäftsklimaindizes und entwickeln damit zielgruppenorientierte Entscheidungshilfen. Dabei greifen wir auf ein Expertennetzwerk von Wissenschaftlern, Entscheidungsträgern und Medienvertretern zurück.